DIE HARMONISIERUNG DER UMSATZSTEUERN
IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Wolfgang JURETZEK

A. DIE STEUERLICHEN BESTIMMUNGEN DES VERTRAGES
VON ROM

Am 25.4.1957 haben die sechs Staaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande in Rom den Vertrag zur Gründung der EWG unterzeichnet. Der Vertrag ist am 1.1.1958 in Kraft getreten. Er enthält in den Artikeln 95 bis 99 steuerliche Bestimmungen, die sich nicht an die einzelnen Steuerpflichtigen, sondern nur an die Mitgliedstaaten und an die Kommission, das Exekutivorgan der EWG, wenden.

bei der Festlegung der Durchschnittsätze die in den Artikeln 95 und 96 aufgestellten Grundsätze gewahrt bleiben müssen. (Art. 98 läßt für die direkten Steuern einen Ausgleich beim grenzüberschreitenden Warenverkehr nur unter erschwerten Bedingungen und nur für eine begrenzte Zeit zu.) Nach den Artikeln 95 bis 97 bleibt für die Umsatzsteuer (und die Verbrauchsteuern) zunächst das Prinzip der Besteuerung im Bestimmungsland weiterbestehen, für die übrigen Steuern, vor allem die direkten Steuer, d. s. die Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen, gilt weiter das Prinzip der Besteuerung im Ursprungsland. Es wird nur dafür gesorgt, daß dieser Zustand nicht die Ziele des Vertrages gefährdet, vor allem nicht das eine Ziel, Schutz des Wettbewerbs innerhalb des Gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen.


B. DIE ARBEITEN DER BRUSSELER KOMMISSION

I. Vorarbeiten


II. Die von der Kommission erlassenen Richtlinien zur Harmonisierung der Umsatzsteuern

1. Die erste Richtlinie vom 11.4.1967


In der Präambel zu dieser ersten Richtlinie wird der Charakter des Gemeinsamen Marktes als "binnenmarkäquivalent" unterstrichen. Weiter wird ausgewiesen, daß die größte Einfachheit und Neutralität eines Mehrwertsteuersystems erreicht werde, wenn die Steuer so allgemein wie möglich erhoben werde und ihr Anwendungsbereich alle Produktions und Vertriebsstufen sowie den Bereich der Dienstleistungen Nach Art. 1 Abs. 1 dieser Richtlinie ersetzen die Mitgliedstaaten ihr derzeitiges Umsatzsteuertaxsystem durch das in Art. 2 bezeichnete gemeinsame Mehrwertsteuersystem. Die nationalen Gesetze, die die Einführung des gemeinsamen Mehrwertsteuergesetzes zum Gegenstand haben, sollen so rasch wie möglich verkündet werden, damit sie zu einem von jedem Mitgliedstaat


Art. 2 der ersten Richtlinie charakterisiert die gemeinsame Mehrwertsteuer als allgemeine Verbrauchsteuer, regelt grundsätzlich die Technik des Vorsteuerabzugs und ordnet an, daß die Steuer bis zur Einzelhandelsstufe einschließlich anzuwenden ist. Jedoch können die Mitgliedstaaten nach durchgeführter Konsultation den Anwendungsbereich für eine Übergangszeit, längstens bis zur Beseitigung der Steuergrenzen, bis auf die Großhandelsstufe einschließlich begrenzen und, falls nötig, auf der Einzelhandelsstufe oder auf der ihr vorangehenden Stufe eine autonome zusätzliche Steuer erheben. Nach Art. 4 unterbreitet die Kommission dem Rat vor Ablauf des Jahres 1968 Vorschläge darüber, in welcher Weise und binnen welcher Frist die Harmonisierung der Umsatzsteuern ihr Ziel erreichen kann, nämlich die Beseitigung der Steuergrenzen, d.h. die Beseitigung der Besteuerung bei der Einfuhr und der steuerlichen Entlastung bei der Ausfuhr im Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten. Der Rat soll vor Ablauf der Übergangszeit darüber beraten und, wenn möglich, beschließen. Bei den Vorschlägen der Kommission sollen das unterschiedliche Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern in den Mitgliedstaaten, die Auswirkungen einer Änderung der Steuersysteme auf die Steuer- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten und der Einfluß der Steuersysteme auf die Wettbewerbsverhältnisse und die sozialen Verhältnisse in der Gemeinschaft berücksichtigt werden.

2. Die zweite Richtlinie vom 11.4.1967

Die Harmonisierung der Umsatzsteuern


Außerhalb der dritten Richtlinie haben die sechs Mitgliedstaaten vereinbart, daß Italien und Belgien die am 1.10.1969 bestehenden Durch- schnittssätze wie folgt senken: Durchschnittssätze, die zwischen 101 % und 150 % des allgemeinen Umsatzsteuersatzes liegen, werden für die Zeit vom 1.4.1970 bis 31.12.1971 um 10 % linear gesenkt. Durchschnitts- sätze, die über 150 % des allgemeinen Umsatzsteuersatzes betragen, wer-

* Die anderen 4 Mitgliedstaaten erheben bereits die Mehrwertsteuer.